



Frischer Wind am Wilhelmsplatz

Die Kommunalwahlen vom 11. Oktober 1981 haben fast überall im Lande politische und personelle Veränderungen bewirkt, auch in der Hauptstadt hat es einige Überraschungen gegeben: am 1. Januar dieses Jahres übernahm Luxemburgs derzeit jüngste Stadtoberhaupt die Geschicke der größten Gemeinde des Landes.

Lydie Polfer, Anwältin und mit 29 Jahren jüngste Abgeordnete im Parlament, trat als zweitgewählte Mandatärin der Demokratischen Partei die Nachfolge ihres

erkrankten Vaters Camille Polfer auf dem Bürgermeisterstuhl an, der sein Mandat niederlegte und während der ersten Sitzung des neu amtierenden Gemeinderates, am 25. Januar, feierlich zum Ehrenbürgermeister der Stadt Luxemburg ernannt wurde.

Mandatäre, Parteien und Verwaltung im Stadthaus auf Knuedler: ONS STAD möchte diesmal in Text und Bild seinen Lesern das politische und administrative Geschehen in ihrer Gemeinde etwas näher vorstellen.

Blumenarrangements und ein Ständchen der „Tramsmusek“ zum Ehrenwein: mit einem feierlichen Empfang wurde am 25. Januar 1982 die erste Sitzung des neugewählten Gemeinderates beschlossen, den Luxemburgs derzeit jüngste Stadtoberhaupt Lydie Polfer, flankiert von den Schöffen Léon Bollendorff, Marc Fischbach, Jean Goedert, Georges Margue, Anne Wagner-Brasseur und Paul Beghin, präsiidiert hatte.

Eine Atmosphäre des Neubeginns während der ganzen Sitzung. Zuerst wurden die neugewählten Stadträte von der Bürgermeisterin vereidigt: seitens der DP die Herren Jean Hamilius, Claude Pescatore und André Prost, die LSAP-Mandatäre Ben Fayot und René Kollwelter (Robert Krieps leistete seinen Eid eine Woche später), der kommunistische Gemeinderat Zénon Bernard, der, wie bereits im April 1979, das Mandat von René Urbany übernahm, und nicht zuletzt der unabhängige Sozialist Jean Gremling.

Ehrenbürgermeister Camille Polfer

In Vertretung der aus verständlichen Gründen allzu betroffenen Bürgermeisterin war es CSV-Schöffe Léon Bollendorff, der die Amtszeit des aus Krankheitsgründen zurückgetretenen Bürgermeisters Camille Polfer würdig

te und den Gemeinderat bat, den bei den Wahlen vom 11. Oktober 1981 mit 18 347 Stimmen mit großem Abstand Erstgewählten zum Ehrenbürgermeister der Stadt Luxemburg zu ernennen.

Camille Polfer, 1924 geboren, hat sein Leben vor allem der Förderung des Luxemburger Sports gewidmet, ein Gebiet, auf dem er hierzulande absolute Pionierarbeit leistete.

Nach dem Krieg, dessen Schrecken er wie viele seiner Generation als Zwangsrekrutierter erlebte, studierte Camille Polfer an der Luxemburger Normalschule und am „Institut Régional d'Education Physique“ in Nancy und erhielt 1950 seine Ernennung als Sportprofessor. Nach langjährigem Wirken besonders innerhalb der LA-SEL und einer aktiven Fußballerkarriere in der Nationaldivision avancierte er zum „Commissaire Général aux Sports“ im Sportministerium (1969) und später zum Ersten Regierungsrat dieses Ministeriums.

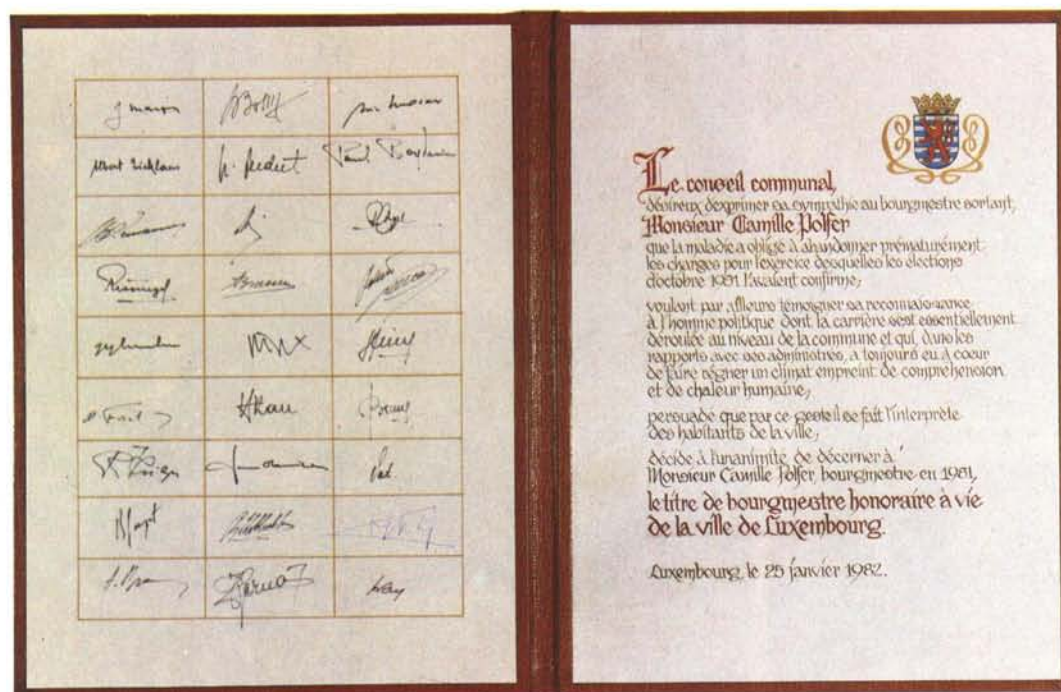
Seine Laufbahn als Gemeindepolitiker begann er 1969 im Luxemburger Stadtrat auf den Bänken der DP-Opposition, zehn Monate später wurde er bereits Schöffe innerhalb der neugewählten CSV-DP-Koalition, ein Mandat, das er ununterbrochen bis zum 1. Dezember 1980 ausfüllte, als er Colette Flesch als Bürgermeister der Haupt-

stadt ablöste. Camille Polfer, der als Gemeindepolitiker in Sachen Sportförderung und Dienst am Bürger Großes leistete, wurde vom versammelten Stadtrat in feierlicher Einstimmigkeit die Ehrenbürgermeisterschaft zugesprochen, die durch eine Urkunde besiegelt wird.

„Entschlossenheit ist keine Frage des Alters“

Luxemburgs jüngste Bürgermeisterin wurde am 22. November 1952 geboren. Nach ihrer Primärschulzeit auf Limpertsberg besuchte sie das Mädchengymnasium, wo sie 1972 ihr Abitur machte. Es folgte ein Jurastudium in Grenoble, wo sie 1977 nach bestandener „maîtrise“ noch ein weiteres Studienjahr mit einem „diplôme d'études approfondies“ zum Thema „intégration européenne“ absolvierte. Im Februar 1977 wurde sie als Luxemburger Rechtsanwältin vereidigt, im November desselben Jahres begann sie eine Stagezeit in der liberalen Fraktion im Straßburger Europaparlament.

Als Kandidatin der DP bei den 79er Legislativwahlen zog sie als jüngste Abgeordnete ins Parlament. „Politisch interessiert war ich eigentlich von Anfang an“, sagt Lydie Polfer, „einfach schon durch die vielfältigen Aktivitäten meines Vaters.“



Obwohl sie persönlich, wohl durch eine äußerst liberale Erziehung, sich als Frau nicht benachteiligt fühlte, setzt sie sich beharrlich für die Gleichstellung der Frauen auf allen Ebenen ein: „Immerhin hat es hierzulande bis 1972 gedauert, ehe man den verheirateten Frauen endlich ihre Zivilrechte zuerkannte. Vorher war eine Ehefrau quasi minderjährig erklärt, ohne das Einverständnis ihres Mannes konnte sie nicht mal einen simplen Kaufvertrag unterschreiben.“

Lydie Polfers großes Vorbild ist die erste Luxemburger Abgeordnete Marguerite Thoma, die Vorkämpferin des Frauenwahlrechts in unserem Lande, das erst 1919 mit dem allgemeinen Wahlrecht eingeführt wurde, und selbstverständlich auch ihre liberale Kollegin Colette Flesch, die nicht viel älter als die heutige Bürgermeisterin war, als sie 1970 die Geschäfte der Hauptstadt übernahm. Das Wählerverdict hat einmal aufs neue bewiesen, daß die Luxemburger durchaus bereit sind, der Jugend – und auch den Frauen – politisches Vertrauen zu schenken.

Der neue Schöffenrat: v.l.n.r. Marc Fischbach, Jean Goedert, Georges Margue, Léon Bollendorff, Lydie Polfer, Paul Beghin, Anne Wagner-Brasseur. Ganz rechts Generalsekretär Henri Beck.



Das Programm der CSV-DP-Fraktion

Die Absichtserklärung des neuen Schöffenrates, die die neue Bürgermeisterin während der ersten Gemeinderatssitzung vortrug, setzt denn auch klare Prioritäten für einen beschwingteren Führungsstil: angestrebt wird vor allem eine bessere Informationspolitik, mehr Bürgernähe und eine situationsgerechte und verantwortungsvolle Verwaltung der öffentlichen Gelder, die der omnipräsenten Wirtschaftskrise Rechnung trägt. Durch sinnvolle Belegung der verschiedenen Stadtviertel und einer engen Zusammenarbeit mit kulturellen Vereinigungen will man der Stadtflucht entgegenwirken, durch den

Ausbau des Informationsbüros der Gemeinde strebt man einen besseren Dialog mit den Bürgern an.

Das Stadtleben soll wieder menschlicher und attraktiver werden: Grünzonen und öffentliche Plätze im Herzen der Stadt, eine sozialere Mietpreispolitik verbunden mit adäquatem sozialen Wohnungsbau, ein verbesserter Verkehrsfluß durch Vorantreiben von Großprojekten wie Hl.-Geist-Tunnel, Rocade de Bonnevoie und Achse Rd-Point-Schuman-Arloner Straße.

Geplant sind ein weiterer Ausbau des Feuerwehr- und Ambulanzdienstes sowie eine Verstärkung der Polizeieffektive, um den Schutz der Bürger bei wachsender Kriminalität zu gewährleisten. In punkto Urbanisierung will der Schöffenrat künftig nach menschlicheren Gesichtspunkten vorgehen, durch das Anlegen von Wohn- und Spielstraßen sollen die Wohnviertel kinder- und familienfreundlicher gestaltet werden. Zudem soll der Umweltschutz durch Eindämmen von Lärm, Wasser- und Luftverschmutzung vorangetrieben werden, die Fahrtzeiten der städtischen Busse sollen flexibler gestaltet werden, um die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver zu machen und zudem ihre Defizite zu verringern. Alte Menschen sollen künftig durch einen ambulanten



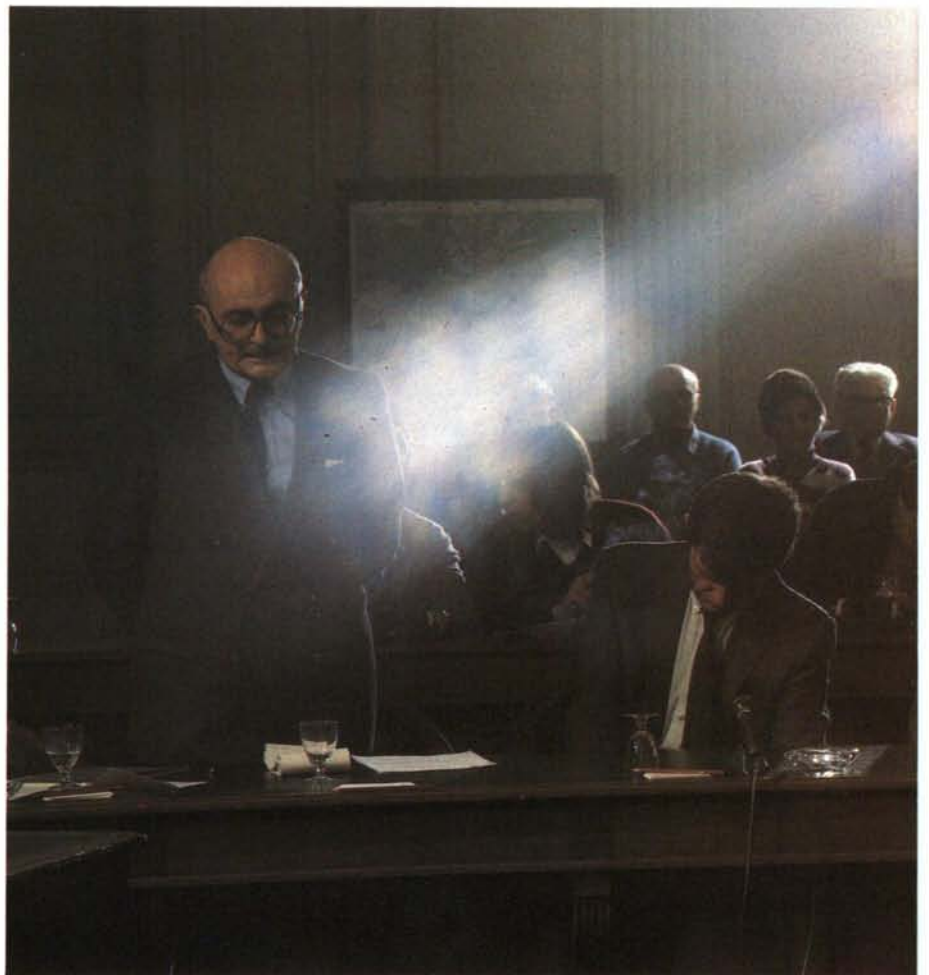




Bild links: In der Mitte der neugewählte DP-Rat André Prost. Der 55jährige Notar, Präsident des Luxemburger Automobil-Club seit 1969, wurde am 2. Mai 1926 in Rambrouch geboren. Studierte Rechtswissenschaft in Paris und Grenoble, war während des Krieges Zwangsrekrutierter und wurde 1953 avocat-avoué. Ostdeputierter von 1959 bis 1964, dann Notar in Rambrouch von 1967-1976. André Prost hat sein Notariat heute in der Hauptstadt.

Rechts im Bild der neugewählte DP-Rat Claude Pescatore, der seit den letzten Legislativwahlen auch Abgeordneter ist. Claude Pescatore, geboren am 22. Mai 1922, war während des Krieges Zwangsrekrutierter. Danach Ingenieur-Studium in Grenoble und 1947 Eintritt bei Arbed-Terre Rouge. Bis 1963 beigeordneter Direktor in verschiedenen Werken, danach Direktor von Esch/Belval, von Belval und Differdingen, ab 1972 beigeordneter Generaldirektor in der Hauptverwaltung,

wo er 1979 im Alter von 57 Jahren in Frühpension ging. Vorne im Bild sehen wir Fraktionschef Jacques-Yves Henckes.

Bild unten: Nic Kollwelter (CSV), der diesmal nicht mehr kandidierte. Der pensionierte Eisenbahner, 63, kann auf eine langjährige politische Laufbahn zurückblicken. 1961 wurde er in den Luxemburger Gemeinderat gewählt, wo er fast zwanzig Jahre ununterbrochen wirkte. 1964 wurde er als CSV-Abgeordneter ins Parlament gewählt, nach zehnjähriger politischer Arbeit verzichtete er 1974 auf eine weitere Kandidatur. Nic Kollwelter hat drei Söhne, einer davon ist der neugewählte LSAP-Rat René Kollwelter.

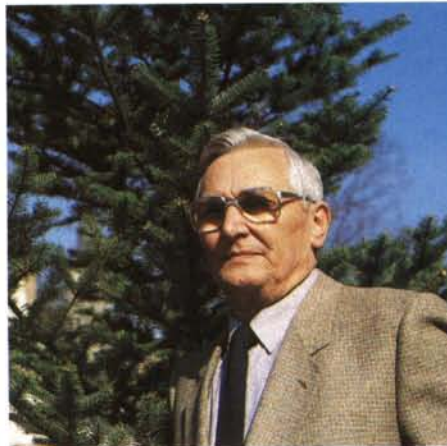


Bild rechts: Der neugewählte DP-Rat Jean Hamilius begann nach Studienjahren in Belgien und den USA 1952 seine Laufbahn als Angestellter der Columeta, wurde dann unabhängiger expert-comptable, ein Beruf, den er heute noch ausübt. Mitbegründer der „Jeunesses Démocratiques, Abgeordneter seit 1969, Gemeinderat (1972), DP-Generalsekretär von 1973-75, Minister von 74-79 und seit den letzten Legislativwahlen wieder Deputierter und Europaparlamentarier. Jean Hamilius, der im Krieg der Resistenz angehörte, ist heute 55. Er ist verheiratet und Vater von 5 Kindern.

Bereitschaftsdienst und den Bau von Seniorenheimen einen angenehmeren Lebensabend verbringen, behinderten Mitbürgern soll auf allen Gebieten mehr Verständnis entgegengebracht werden. Im Schulsektor stehen bauliche und funktionelle Verbesserungen ins Haus, das gleiche gilt für die bestehenden Sportanlagen und das Gesundheitswesen, wo man vor allem die Bettenkapazität für chronisch Kranke erhöhen will.

Auch eine gezielte Kulturbelegung soll vorangetrieben werden: der Bau des neuen Konservatoriums, die Restaurierung des Alten Theaters und des alten Forts auf Drei Eichen, die Gründung von fehlenden Kulturzentren in den Wohnvierteln, die neugegründete Kulturkommission, der Ausbau der städtischen Bibliothek und der Cinémathèque sind Projekte, die sich außerdem günstig auf den Fremdenver-

kehr auswirken werden und nicht zuletzt zur Verteidigung der europäischen Berufung der Hauptstadt beitragen, ein Anliegen, das dem Schöffenrat verständlicherweise am Herzen liegt.

Trotzdem ist sich die Koalition der Tatsache bewußt, daß Einsparungen das Gebot der Stunde sind: im Bericht der Finanzkommission wurde festgehalten, daß durch einen neuen staatlichen Verteilungsschlüssel der Gewerbesteuer, der Hauptstadt dieses Jahr rund 100 Millionen weniger Einnahmen ins Haus stehen, was bedeutet, daß das ordentliche Budget erstmals seit langer Zeit negativ ausfallen wird: vorsichtigen Schätzungen zufolge rechnet man 1982 mit einem Defizit von 250 Millionen, wenn man die rezente Franc-Abwertung und die Prognosen der nationalen Tripartite miteinbezieht.

Der Schöffenrat strebt angesichts dieser Finanzlage ein gesundes Gleichgewicht zwischen dem Notwendigen und dem Nützlichen an und hofft auf eine gute Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien und der Bevölkerung.

Die Meinung der Sozialisten . . .

Robert Krieps, Vorsitzender der mit sieben Sitzen drittstärksten Fraktion im Luxemburger Gemeinderat, der LSAP, wirft dem wiedergewählten CSV-DP-Schöffenrat vor, die Warnungen der sozialistischen Stadträte vor der trügerischen finanziellen Situation der Gemeinde in den Wind geschlagen zu haben. Die Sozialisten sind der Meinung, daß die Bevölkerung nicht für die Sünden des Schöffenrates verantwortlich ist und lehnen deshalb Taxen- und Steuererhöhungen ab. Die sozialistische Opposition wird den Fi-

Frischer Wind am Wilhelmsplatz

nanzen ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und die Ausgaben mehr denn je auf ihren Nutzen und ihren Preis prüfen. Die LSAP möchte die Prioritäten so festgelegt sehen, daß jene Ausgaben Vorrang haben, die einer möglichst großen Anzahl von Bürgern ein Mehr an Lebensqualität sichern, indem sie primäre Bedürfnisse erfüllen, Ungleichheiten ausmerzen und die sozialen Aufstiegschancen verbessern.

Die LSAP verlangt zudem, daß die Lastenhefte der Gemeinde von der Handwerkskammer begutachtet werden, damit Luxemburger Firmen nicht zu kurz kommen, und sie zieht arbeitsintensive Investitionen jenen vor, die hohe Materialkosten bedingen. Bei einer weiteren Verschärfung der Krise soll laut der LSAP die Stadt die Möglichkeit prüfen, leistungsfähigen Betrieben, die ohne eigenes Verschulden in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind, zu helfen, um Kettenreaktionen und die Vernichtung von Arbeitsplätzen zu vermeiden.

Die Sozialisten verlangen zudem ein Kontrollrecht der Öffentlichkeit

über die Einstellungsmodalitäten des Gemeindepersonals und eine straffere Koordinierung der Verwaltung, um unnütze Ausgaben zu vermeiden. Die Auffassung, die Stadt müsse dem Auto angepaßt werden, ist nach Meinung der LSAP durch die Stadtflucht der letzten Jahre nicht mehr gültig. Die Sozialisten verlangen deshalb eine systematische Analyse über sich aufdrängende Optionen, um den Bebauungs- und Verkehrsplan zu überdenken und die Lebensqualität zu verbessern. Des weiteren unterstützten sie eine vom Geschäftsverband angeregte Untersuchung über die wirtschaftliche Ausrichtung der Stadt und treten vor allem für die kulturelle, soziale und schulpolitische Integration der Ausländer ein.

... der kommunistischen Fraktion ...

Der kommunistische Stadtrat Zénon Bernard sieht seine Aufgabe darin, darauf hinzuwirken, daß Dienstleistungen und soziale Errungenschaften auf Gemeindeebene nicht nur gewährleistet bleiben, sondern weiter ausge-

baut werden. Die KP wehrt sich gegen Taxenerhöhungen, weil davon ältere Menschen, kleine und mittlere Lohn- und Gehaltsempfänger am härtesten getroffen werden, deren Interessen sie vertritt. Aus dieser Optik tritt sie für eine fortschrittliche Gemeindepolitik im Dienste der schaffenden Menschen ein.

Die Kommunisten verlangen mehr Gemeindeautonomie, eine Reform des alten Gemeindegesetzes von 1843 und die Abschaffung der Bevormundung durch die Regierung. Sie wollen eine kommunale Finanzreform durch die Einführung eines neuen Steuerregimes, das den Gemeinden regelmäßige und konjunkturunabhängige Einnahmen sichert, mehr Gemeindedemokratie durch eine aktive Teilnahme der Bevölkerung – z.B. durch Interessenvereine – an der Kommunalpolitik und eine enge Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen Organisationen. Ein ernsthafter sozialer Wohnungsbau soll durch Erschließung von Bauland und kommunale Bauprämien vorangetrieben werden, soziale Mietwohnungen sollen



Bild links: Rechts im Bild der neugewählte LSAP-Rat Robert Krieps. 1922 in Dalheim geboren, Sekundarstudien in Diekirch. Während des Krieges politischer Gefangener in den Konzentrationslagern Natzweiler, Struthof und Dachau. Jurastudium in Nancy, eingeschriebener Anwalt in Luxemburg seit 1949, chargé de cours an der „Faculté de Droit de Nancy“ von 1954-68 und seit 1979 an der „Université Libre de Bruxelles“. LSAP-Abgeordneter seit 1964, Justiz-, Erziehungs- und Kulturminister von 74-79, seit 1979 Mitglied der „assemblée parlementaire“ des Europarates, seit 1980 Parteipräsident der LSAP. Robert Krieps ist verheiratet und Vater von vier Kindern.

Links im Bild der neugewählte LSAP-Rat Ben Fayot, Professor für Französisch am Athenäum und am Pädagogischen Institut. Er ist der Verfasser von Schulbüchern für den Sekundarunterricht und hat als Historiker ein Buch über die Geschichte des Luxemburger Sozialismus geschrieben. Ben Fayot, der einer politisch sehr engagierten Familie entstammt, militierte schon in jungen Jahren für die LSAP. Heute ist er Mitglied des Comité-directeur und Präsident der Sektion Bonneweg. Ben Fayot ist 44, verheiratet und Vater von drei Kindern.



Bild rechts: Der neugewählte LSAP-Rat René Kollwelter ist 33 Jahre alt und Lehrer im postprimären Unterricht. Studien an den „Cours Universitaires“, in Paris und Aix-en-Provence. Finanzierte seine Studienzeit als aktiver Fußballer und vor allem als Trainer in mehreren Vereinen, u. a. Avenir Beggen, Etzella Ettelbrück, Paris FC und Septèmes Marseille. LSAP-Eintritt zur Zeit des Remerschener Moratoriums, wurde politisch aktiv vor allem durch seine Mitgliedschaft in Jugendvereinigungen und durch die Stagiär-Bewegung in Luxemburg.



Bild oben: KP-Rat Zénon Bernard, der das Mandat von René Urbany übernahm. Der 38jährige Sekundarlehrer studierte in Liège und Lausanne und war Abgeordneter von 1975-1979, als die KP einen Zentrumssitz verlor. Gemeinderat war er bereits seit dem 2. April 1979. Zénon Bernard war aktiver Fußballer in der Nationalmannschaft sowie in den Vereinen Fola, Spora und Brüssel Molebeek.

besonders für ältere Menschen geschaffen und die Bodenspekulation bekämpft werden.

Mit der Demokratisierung der Schulkommission, durch pädagogische Fördermaßnahmen und eine systematische Sporterziehung von drei Wochenstunden soll die Schul- und Sportpolitik verbessert werden, während der Staat sich zu zwei Dritteln an allen sportlichen Einrichtungen beteiligen müßte.

Rentnerwohnungen, geriatrische Heime und soziale Zuschüsse sollen die Lage der alten Menschen verbessern, sozialere Tarife und ein Ausbau der kollektiven Transportmittel den Stadtverkehr menschlicher gestalten, verbunden mit einer gesunden Umweltpolitik.

Für Arbeitsplätze und sozialen Fortschritt – gegen Abbau und Rückschritt: so sehen die Kommunisten ihr Wirken in der Stadt Luxemburg.

... und des „Parti Socialiste Indépendant“

Der PSI ist eine neue Partei, die 1981 erstmals für den Gemeinderat kandidierte. Ihr gewählter Vertreter, Herr Jean Gremling, der auch Parteipräsident ist, setzt in der Kommunalpolitik folgende Prioritäten:

Im Mittelpunkt der Politik des „Parti Socialiste Indépendant“ steht der Mensch: Berufstätige Männer und Frauen, Kinder, Jugendliche, Rentner, Hausfrauen und Behinderte. Der PSI tritt für eine menschliche Stadt ein, für Lärm- und Umweltschutz, für mehr Natur und Verkehrsberuhigung, für besseres Wohnen, Vollbeschäftigung, sozialen Fortschritt, für Sicherheit und sinnvolle Freizeitgestaltung.

Er setzt sich für eine Gleichberechtigung aller Wohnviertel und den Ausbau der Einkaufszentren Bahnhofsviertel und Stadtmitte ein, um Arbeitsplätze zu sichern und die Lebensqualität zu steigern. Er fordert eine demokratische Mitbestimmung der Bürger, wenn nötig durch Referendum, eine bessere Informationspolitik, eine Beratungsstelle mit Ombudsman und eine korrekte Geschäftsführung der öffentlichen Gelder. Der PSI unterstützt deshalb die Zielsetzungen der lokalen Interessensvereine, der Natura und der Umweltschutzorganisationen, der Gesellschaft gegen den Lärm, der Sécurité Routière, der Amiperas und der Rentnervereinigungen, der Jugend- und Sportorganisationen, der kulturellen Vereine, der Geschäftsverbände, der Elternvereinigungen, der Bürgerinitiativen, der behinderten Menschen und alle andern Forderungen, die der Lebensqualität dienlich sind.

Bild unten: Der neugewählte Stadtrat Jean Gremling ist Gründer und Präsident einer neuen Partei, des „Parti socialiste indépendant“, die er auch im Parlament vertritt. LSAP-Abgeordneter von 1951-59 und von 1974 bis 2. April 1979, PSI-Deputierter seit dem 10. Juni 1979. Der heute 60jährige Rechtsanwalt war außerdem LSAP-Stadtrat von 1952-1964 und von 1976 bis 1979.



Wie die Gemeinde Luxemburg verwaltet wird

Bürgermeister, Schöffen- und Gemeinderat, die als gewählte Bürgervertreter sämtliche kommunalen Beschlüsse treffen und die öffentlichen Gelder verwalten, sind auch zuständig für die Ernennung der Beamten und Arbeiter, die die Anordnungen der Gemeindeautoritäten ausführen und die Verwaltung gewährleisten.

Eine Gemeinde von der Größenordnung der Stadt Luxemburg, mit ihren über das ganze Stadtgebiet verteilten Diensten, braucht verständlicherweise viele kompetente Mitarbeiter, um reibungslos funktionieren zu können.

Hauptverantwortlich ist die Zentralverwaltung im Stadthaus am Wilhelmplatz.



Engster und wichtigster Mitarbeiter der Gemeindeautoritäten ist Generalsekretär Henri Beck, der sämtliche Abteilungen der Verwaltung gegenüber den politischen Mandatsträgern vertritt und die Position des Direktors der Zentralverwaltung innehat.

Im Gemeindegesetz von 1843 sind die Kompetenzen des Gemeindesekretärs genau festgelegt: Er bringt die Gemeinderatsresolutionen zu Papier und trägt sie ins Register ein. Er ist bei allen Schöffenratssitzungen zugegen und führt die Sitzungsprotokolle.

Selbstverständlich kann in einer großen Gemeinde diese Arbeit nicht von einem einzigen Mann bewältigt werden, und Generalsekretär Henri Beck stehen in der Zentralverwaltung zahlreiche Mitarbeiter zur Seite, die wir auf diesen Seiten in Text und Bild vorstellen.

Dienst am Bürger mit System – das Gemeindesekretariat

Wer weiß, was schon in einem kleinen Büro täglich an Ein- und Ausgängen anfällt, der kann sich unschwer vorstellen, wie wichtig in einer großen Verwaltung ein ausgeklügeltes Registratur- und Archivierungssystem ist. Wenn man in Betracht zieht, daß das Register der Gemeinderatsbeschlüsse 1981 911 Seiten zählte und jenes der Schöffenratsresolutionen 390 Seiten, dann kann man sich in etwa ein Bild von dem Papiervolumen machen, das verwaltungstechnisch hinter den Kulissen anfällt.

Seit vielen Jahren greift man in der Zentralverwaltung auf ein ausgeklügeltes Registratursystem zurück, um sämtliche Ein- und Ausgänge übersichtlich in Register einzutragen und zudem auf Anfrage hin jederzeit, auch nach Jahren, die gewünschte Eintragung in kürzester Zeit wiederzufinden. Mehrere Sachbearbeiter sind mit der täglichen Registrierung beschäftigt, die in den Kellerräumen wirkenden Archive können jederzeit mit oft jahrzehntealten Dossiers und Informationen dienen.

Alle an die Zentralverwaltung gerichteten Schriftstücke werden von den zuständigen Sekretariatsbeamten auf ihren Gehalt geprüft und anschließend an passender Stelle ins Register eingetragen. In den Registern kann man jede Akte, von ihrem Eingang ins Sekretariat bis zu ihrer definitiven Abfertigung genauestens verfolgen, und zwar mittels einem äußerst bewährten Nummernsystem von 1 bis 113, wobei jede Zahl für ein bestimmtes Verwaltungsressort steht.

Nachdem die zuständigen Mitglieder des Schöffenrates von den Anfragen oder Gesuchen Kenntnis genommen haben, werden dieselben zwecks Begutachtung an die verschiedenen Dienststellen weitergeleitet. Mit den notwendigen Auskünften versehen gelangen die Schriftstücke zurück ins Sekretariat, wo sie dem Schöffenrat zwecks Entscheid unterbreitet werden.

In bestimmten Fällen, wo das Gesetz einen Entscheid des Gemeinderates vorsieht, werden daraufhin die Gutachten der beratenden Ausschüsse eingeholt. Schriftführer sind hier, zum überwiegenden Teil, Beamte des Sekre-

Bild links: Generalsekretär Henri Beck

Auf dem Foto links unten sehen wir Herrn Georges Fondeur (links), zuständig für Urbanismus, während Herr Jean Schmitt (rechts) sich hauptsächlich um Finanzangelegenheiten kümmert. Rechtes Bild: Herr Jos. Weimerskirch, zuständig für allgemeine Angelegenheiten, und Frau Monique Bamberg.



Die Zentralverwaltung auf Knuedler: Dienst am Bürger mit System





Bild links: Vorzimmer des Generalsekretariats: Frau Simone Winandy-Backes und Herr Jos. Mantz. Auf dem mittleren Bild sehen wir Gemeindegarchivar Fernand Emmel im Gespräch mit Herrn Georges Wolff. Zuständig für Archivarbeiten ist außerdem Mme Maggy Jeitz.



Bild rechts: Mme Marie-Thérèse Schmitz, die den Terminkalender der Bürgermeisterin führt, und Mme Anne Muller (links), der zusammen mit Herrn Ernest Ewen die Gemeinderezeption untersteht.



In diesem Büro werden Korrespondenz und Registratur verwaltet. V.l.n.r. Robert Kremer, Mme Simone Meyers, Mme Josée Streitz-Melchior, im Hintergrund Claude Hastert.

tariats, die dieses Amt neben ihrer normalen Tätigkeit versehen.

Alle Beschlüsse, sowohl des Schöffen- wie des Gemeinderates, soweit sie auf ein Gesuch hin erfolgen, werden den Antragstellern in Briefform mitgeteilt. Die anfallende Korrespondenz wird im Sekretariat von den einzelnen Sachbearbeitern redigiert und anschließend dem Bürgermeister zur Unterschrift vorgelegt.

Beispiel Baugenehmigung

Für Baugenehmigungen liefen im Jahre 1981 bei der Luxemburger Gemeindeverwaltung insgesamt 480 Anträge ein. Genehmigt wurden 427 Anträge, die den Bau von 128 Einfamilienhäusern und 27 Großprojekten für zusammen 170 Appartements ermöglichten.

Damit eine Baugenehmigung ausgestellt werden kann, muß sie folgenden Instanzenweg durchlaufen: Architekt Soundso reicht das Projekt einer Immobilienfirma zum Bau eines großen Residenz- und Bürokomplexes auf dem Bd Royal ein. Zuerst wird das Schreiben im Sekretariat registriert und anschließend zur Begutachtung an die Bautenpolizei weitergeleitet. Die Bautenpolizei unterbreitet es einer aus Privatarchitekten und Juristen zusammengesetzten Konsultativkommission, die ihre den Bau betreffenden Bedingungen anmeldet, die der Bürgermeister übernimmt und dem Antragsteller über das Gemeindegarchivariat mitteilt.

Das neu überarbeitete Projekt wird der Bautenpolizei zur Kontrolle

zurückgeschickt, die schließlich dem Bauvorhaben zustimmt. Die definitive Baugenehmigung wird dann vom Bürgermeister unterschrieben und dem Antragsteller gegen Zahlung einer Taxe übergeben.

Papierkrieg

Antrag auf Antrag flattert täglich ins Sekretariat der Zentralverwaltung. Das reicht von der Musikgesellschaft, die sich bei der Gemeindeverwaltung einen fahrbaren Kiosk oder sonstige Veranstaltungsrequisiten ausleihen möchte (95 Anträge 1981) bis zu den unzähligen Baufirmen, die Baugerüste aufrichten wollen (357 Anträge), da werden Vereinssubsidien angefragt (103 im vergangenen Jahr) oder da will jemand das Theater mieten (110 Anträge).

60 mal mußte 1981 das Commodo-Incommodo-Verfahren angestrengt, 309 mal mußten Tombolas und Hauskollekten genehmigt werden.

Natürlich wiehert auch mal der Amtsschimmel, denn so manche Prozedur mutet ein bißchen überholt und unzeitgemäß an: So verlangt ein Schankwirtschaftsgesetz aus dem Jahre 1915 auch heute noch, daß jeder in Luxemburg ansässige Schankwirt oder Gaststätteninhaber die spezielle Genehmigung des Gemeinderates zur Einstellung von weiblichem Servierpersonal einholen muß. Jeder Antrag wird zuerst zur Begutachtung ans Polizeikommissariat und ans Sozialamt weitergeleitet. Und damit nicht genug: Hat der Wirt erst einmal die Einstel-

Mme Marie-Etienne Campill und Mme Sonja Trierweiler





Gemeindebote Pierre Sauber

lungsgenehmigung, so muß jede arbeitswillige Serviererin auch noch einen zusätzlichen Antrag stellen, da sie eine entsprechende Arbeitsermächtigung des Schöffenrates benötigt. 257mal wurde diese Prozedur im vergangenen Jahr angestrengt.

Fundgrube für Lokalhistoriker

Aber sinnvoll und wichtig ist die Arbeit allemal, die die Sekretariatsbeamten der Zentralverwaltung täglich leisten, um einen reibungslosen Ablauf der Luxemburger Gemeindegeschäfte zu gewähren; ob es nun Grabkonzessionen sind oder Reklamationen über eine defekte Wasserleitung, Schulaffä-

ren, Anträge für eine Sozialwohnung oder einen Zähler für Haushaltsstrom, die verschiedensten Anliegen gelangen pünktlich an die zuständige Instanz.

Und von den peinlich genauen Registereintragungen profitieren nicht zuletzt die Lokalhistoriker, die auch noch nach fünfzig Jahren im Gemeindegarchiv jede gewünschte Information erhalten. Und wer z.B. wissen will, in welcher Gaststätte der „Place d'Armes“ die Urgroßmutter in den goldenen zwanziger Jahren die Gäste bediente, nun, dem kann jederzeit gedient werden.

